

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Götte, Schmidt (Salzgitter), Dreßler, Jaunich, Adler, Becker-Inglau, Dr. Böhme (Unna), Gilges, Rixe, Seuster, Weiler, Dr. Martiny, Müller (Pleisweiler), Wittich, Kretkowski, Dr. Niehuis, Sielaff, Dr. Klejdzinski, Faße, Ibrügger, Duve, Büchner (Speyer), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD**

### **Soziale Lage von Familien und Kindern**

Staat und Gesellschaft sind auf die Leistungen der Familie angewiesen. Deshalb hat die Familie Anspruch auf Schutz und Förderung. Es ist Pflicht der Politik, die materiellen Belastungen der Familie wenigstens teilweise auszugleichen und besondere Hilfen für Alleinerziehende und Familien mit kranken oder behinderten Kindern bereitzustellen.

Angebote öffentlicher und privater Hilfen, die schwangeren Frauen die Fortsetzung der Schwangerschaft und die soziale Lage von Müttern und Kindern erleichtern sollen, verfehlen ihren Zweck, wenn sie sich nur auf die Geburt und nicht darüber hinaus auf die Verbesserung der Lage des geborenen Kindes und der Familie beziehen, in die hinein es geboren werden soll. Familienpolitik darf nicht als Bevölkerungspolitik mißbraucht werden.

Im übrigen ist die Angst um die Zukunftschancen der Kinder bei vielen Familien nicht in erster Linie in gegenwärtigen materiellen Schwierigkeiten begründet: Vielmehr bestimmen die Bedrohung des Friedens, fortschreitende Umweltzerstörung, die Arbeitslosigkeit sowie die fehlenden Chancen in Ausbildung und Beruf, die Lebensplanung und damit das generative Verhalten der Menschen.

Familienpolitik kann somit nicht losgelöst von anderen Problemfeldern gestaltet werden; sondern sie ist Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik. Durch eine Friedenspolitik, die die Angst vor nuklearer Vernichtung nimmt, durch eine aktive Umweltpolitik, bei der gehandelt und nicht nur geredet wird, durch die Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, durch die Humanisierung des Arbeitslebens, Arbeitszeitverkürzung, tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau als Voraussetzung zu partnerchaftlicher Gestaltung des Familienlebens, könnten Rahmenbedingungen geschaffen werden, wie sie die Familien heute zu ihrer Entfaltung brauchen.

Ein wesentlicher Bestandteil zukunftsichernder Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist auch die Verbesserung der materiellen Lage von Familien.

Gerade dieser Aufgabe ist die Bundesregierung nicht gerecht geworden. Im Gegensatz zu früheren Absichtserklärungen des heutigen Bundeskanzlers, sind Sozialabbau und Umverteilung die tragenden Elemente der Familienpolitik seit Ende 1982. Trotz einiger Verbesserungen, beispielsweise durch die Einführung des Erziehungsgeldes, ist die Familienpolitik der Bundesregierung nach wie vor vom Ansatz her ungerecht, weil einkommensstarke Familien und deren Kinder stets mehr begünstigt wurden und werden als einkommensschwache Familien. Das zeigt sich nicht nur an der unterschiedlichen Entlastung bei den steuerlichen Kinderfreibeträgen sondern auch an der Streichung der Schülerförderung und der ständigen Einschränkung von Leistungen für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Die Bundesregierung hat über Jahre hinweg durch Sozialabbau auf vielen Feldern den Schwächeren Familienleistungen genommen und ab 1986 einen Teil davon an einen anderen, besser gestellten Personenkreis zurückgegeben. Eine Verbesserung der Familienförderung und des Kinderlastenausgleichs hätte aber schwerpunktmäßig den Familien zugute kommen müssen, deren wirtschaftliche Situation sich in den letzten Jahren durch eine verfehlte Jugend-, Familien-, Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik drastisch verschlechtert hat.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

### *1. Zahl der Kinder und deren Erziehungssituation*

#### *1. Geburtenentwicklung*

Wie hat sich

- a) die Zahl der lebendgeborenen Kinder – einschließlich der Kinder ausländischer Eltern –,
- b) die Geburtenrate (geborene Kinder im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung),
- c) die Zahl der Geburten im Verhältnis zur Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter

jeweils in den Jahren 1960, 1965, 1970, 1975, 1980, und von da ab jährlich bis heute in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt?

#### *2. Familienverhältnisse*

- a) Wie hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt (Stand: Ende 1980 und Ende 1987), und zwar aufgeschlüsselt nach den Altersgruppen bis 5 Jahre, 6 bis 10 Jahre, 11 bis 13 Jahre, 14 Jahre und älter?
- b) Wie viele dieser Kinder haben 1980 und 1987 mit beiden Elternteilen zusammengelebt?

- c) Wie viele dieser Kinder haben 1980 und 1987 nur mit einem Elternteil zusammengelebt, und zwar wie viele mit der Mutter, und wie viele mit dem Vater?
- d) Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen sind 1980 und 1987 außerhalb der eigenen Familie in einer Einrichtung der Jugendhilfe (Familienpflege, in einem Heim, in einer sozialpädagogischen Jugendwohngemeinschaft oder in Einzelbetreuung) erzogen worden?
- e) Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen waren 1980 und 1987 adoptiert oder in Adoptionspflege, und wie viele von ihnen stammen aus Nicht-EG-Ländern?

### 3. Einrichtungen der Jugendhilfe

Wie hat sich seit 1980 die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze in Einrichtungen der Jugendhilfe – differenziert nach Bundesländern – entwickelt, aufgeschlüsselt nach

- a) Kindertagesstätten
    - Kinderkrippen/Krabbelstuben,
    - Kindergärten (Halbtags-, Ganztagsplätze),
    - Kinderhorten,
  - b) Einrichtungen zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie?
  - c) In welchem Maße werden Ausländerkinder durch diese Einrichtungen versorgt?
4. Wie viele Tagespflegestellen für Kinder gab es 1980 und 1987?
5. Wie hat sich die Zahl der Jugendfreizeiteinrichtungen (offen- und teiloffene Tür) im Bundesländervergleich seit 1980 entwickelt, und wie viele von ihnen sind spezielle Einrichtungen für Kinder?

## II. Kosten der Kindererziehung

- 1. a) Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor über die den Eltern entstehenden durchschnittlichen Kosten für die Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in den Altersgruppen bis 7 Jahre, 8 bis 11 Jahre, 12 bis 15 Jahre, 16 Jahre und älter?
  - b) Wie unterscheiden sich diese Kosten nach der Ordnungszahl der Kinder?
  - c) Wie hoch ist der Anteil für Ernährung, Kleidung und Wohnung an den Gesamtkosten?
2. Welche Kosten entstehen den Erziehenden durchschnittlich für die Ausbildung von Kindern jeweils
- in der Grundschulzeit,
  - in der Schulausbildung der Sekundarstufe I, unterschieden nach Schulformen

- in der Schulausbildung der Sekundarstufe II, unterschieden nach Schulformen,
- in der beruflichen Bildung,
- in der Hochschulausbildung?

### III. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Familien

1. Wie haben sich seit 1980 die durchschnittlichen Einkommensverhältnisse der Familien entwickelt, und zwar aufgeschlüsselt nach
  - Ehepaaren ohne Kinder,
  - Familien mit Kindern bei zwei erziehenden Elternteilen,
  - Familien mit Kindern bei einem erziehenden Elternteil,
  - Pflegefamilien?
2. Wie haben sich seit 1980 die familienpolitischen Hilfen (einschließlich steuerlicher Begünstigungen) des Bundes zur Förderung von Familien mit Kindern gegenüber Ehepaaren ohne Kinder entwickelt (aufgegliedert nach verschiedenen Einkommensschichten)?
3. a) Wie viele Familien bzw. ihre Kinder erhielten elternabhängig bzw. elternunabhängig zwischen 1980 und 1988 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz?
- b) Wie viele Familien bzw. ihre Kinder wurden von der Streichung des SchülerBAföG betroffen?
- c) Wie hoch ist der Anteil junger Frauen an der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz?
4. Wie viele Fälle von Unterhaltsleistungen von Familien zugunsten von erwachsenen Kindern und von anderen unterhaltsberechtigten Verwandten gab es 1987, und welche Beträge werden hierfür durchschnittlich aufgewandt?
5. Wie hat sich seit 1980 die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Alleinerziehenden entwickelt?
6. Wie viele Anträge und wie viele Bewilligungen (mit welchen durchschnittlichen Förderungsbeträgen) gab es seit Bestehen der Bundesstiftung „Mutter und Kind“?
7. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor außerordentlich hoch.

In welchem Umfang sind Familien mit Kindern von diesem Problem betroffen?

Wie hat sich der Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien mit Kindern seit 1980 entwickelt, und zwar aufgegliedert nach Arbeitslosen mit und ohne Leistungsansprüchen sowie nach Familien, mit zwei erziehenden Elternteilen bzw. einem erziehenden Elternteil?

8. a) Wie viele der von Arbeitslosigkeit betroffenen Familienhaushalte erhielten zwischen 1980 und 1987

- Arbeitslosengeld,
- Arbeitslosenhilfe,
- Sozialhilfe?

- b) Wie hoch sind die jährlich dafür aufgewandten Mittel?

- c) Wie viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (nach Altersgruppen aufgeteilt) leben in Haushalten, dessen Haushaltsvorstand Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhält?

Wie viele Jugendliche unter 18 Jahren erhalten unmittelbar Arbeitslosenhilfe?

Wie viele jüngere Menschen im Alter von über 18 Jahren bis 30 Jahren erhalten Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe (Entwicklung jeweils zwischen 1980 bis 1987)?

- d) Hält die Bundesregierung die im Rahmen von Hilfe zum Lebensunterhalt gewährten Bestandteile für eine Teilnahme am öffentlichen Leben für ausreichend, um einen Rückzug der Betroffenen und ihrer Familien aus gesellschaftlichem, kulturellem, sportlichem und sozialem Umfeld zu vermeiden?

- e) Hält die Bundesregierung die Entwicklungschancen von Kindern, deren Erziehungsberechtigte als Sozialhilfeempfänger für pädagogisches Spielzeug, Schultüte bei Einschulung, Kostenübernahme für Aufenthalt im Schullandheim und anderes gegen die Träger der Sozialhilfe klagen mußten, gegenüber den von Kindern aus einkommensstärkeren Familien für gleichwertig?

- f) Wie interpretiert die Bundesregierung die deutliche Zunahme von jungen Menschen am Anteil der Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger, und inwieweit ist dieser Personenkreis durch die Kürzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) besonders betroffen?

- g) Hält es die Bundesregierung mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status der Bundesrepublik Deutschland für vereinbar, daß immer mehr junge Menschen von der Schulbank oder Ausbildung weg in eine Sozialhilfebiographie hineinwachsen, und welche Maßnahmen bzw. Programme plant sie, um diese Entwicklung zu stoppen?

9. Wie hat sich seit 1980 die Zahl der erwerbstätigen Mütter mit Kindern im Alter von 0 bis 3 und 3 bis 6 Jahren in Voll- und Teilzeitbeschäftigung entwickelt?

10. Wie viele Familien mit behinderten Kindern gibt es, welche behinderungsbedingten Kosten entstehen diesen Familien durchschnittlich und welchen sonstigen besonderen Belastungen unterliegen diese Familien durch die Pflege der Behinderten?

11. Wie viele Familien mit pflegebedürftigen Erwachsenen gibt es, welche behinderungsbedingten Kosten entstehen diesen Familien durchschnittlich und welchen sonstigen besonderen Belastungen unterliegen diese Familien durch ihre Pflegeausgaben?

#### IV. Wohnsituation der Familien

1. Wie hat sich die Wohnungssituation von Familien mit Kindern im sozialen und frei finanzierten Wohnungsbau seit 1970 entwickelt, und zwar aufgeschlüsselt nach
  - Bundesländern, unterschiedlichen Stadtgrößen sowie Landregionen,
  - Familiengrößen.
2. Wie hat sich der Ausstieg des Bundes aus dem sozialen Mietwohnungsbau und die deutliche Reduzierung der Bundesförderung beim Eigenheimbau auf die Wohnungssituation von Familien ausgewirkt?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die gegenwärtige Wohnraumsituation einkommensschwacher, insbesondere kinderreicher Familien unter Berücksichtigung des anhaltend starken Aussiedlerzuzugs?
4. Wie haben sich seit 1970 die „Warmmieten“ im Verhältnis zum Einkommen entwickelt, und welchen Anteil hatten daran 1970 und 1987 die „Mietnebenkosten“ bei unteren, mittleren und oberen Einkommensgruppen?
5. In welchem Umfang erhielten die Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen 1970, 1980, 1985 und 1987 Entlastung von Wohnkosten durch das Wohngeld und ist die Bundesregierung bereit, das Wohngeldgesetz so zu verbessern, daß durch erhöhte Freibeträge für Kinder, oder durch andere geeignete Maßnahmen, insbesondere bei den niedrigen Einkommensbeziehern, eine spürbare Entlastung erreicht wird?
6. Wie haben sich die von der Bundesregierung im Bericht zu Fragen der Pflegebedürftigkeit angekündigten und in der 10. Wahlperiode vom Deutschen Bundestag beschlossenen Maßnahmen zur Förderung des Wohnens mehrerer Generationen unter einem Dach ausgewirkt?

Bonn, den 5. April 1989

**Dr. Götte**  
**Schmidt (Salzgitter)**  
**Dreßler**  
**Jaunich**  
**Adler**  
**Becker-Inglau**  
**Dr. Böhme (Unna)**  
**Gilges**  
**Rixe**  
**Seuster**  
**Weiler**  
**Dr. Martiny**

**Müller (Pleisweiler)**  
**Wittich**  
**Kretkowski**  
**Dr. Niehuis**  
**Sielaff**  
**Dr. Klejdzinski**  
**Faße**  
**Ibrügger**  
**Duve**  
**Büchner (Speyer)**  
**Dr. Vogel und Fraktion**

